

Medienmitteilung vom 28. August 2013

Jungfreisinnige Basel-Stadt sagen NEIN zur Abschaffung der Wehrpflicht und JA zur Bratwurst.

Die Jungfreisinnigen Basel-Stadt (JFBS) beschlossen an ihrer gestrigen Mitgliederversammlung die Parolen zu den kommenden Abstimmungen. Auf nationaler Ebene fassen die JFBS die Ja-Parole zur Anpassung des Arbeitsgesetzes sowie zur Revision des Epidemiegesetzes. Auf kantonaler Ebene wurde die Initiative „CentralParkBasel“ sowie die beiden Initiativen des Mieterverbandes abgelehnt.

In einem Streitgespräch zwischen NR Daniel Stolz und Prof. Dr. Eichenberger wurden die Vor- und Nachteile der Abschaffung der Wehrpflicht - sowie insbesondere der freiwilligen Miliz - beleuchtet. Die Mitglieder der JFBS erlebten eine rege Diskussion der beiden Co-Referenten. Zum Ende folgten die Mitglieder mehrheitlich der Argumentation von Daniel Stolz und setzten sich dafür ein, dass das bewährte System der Wehrpflicht beibehalten wird. Die Mitglieder der JFBS waren sich einig, dass das heutige System auch einige Schwächen hat und diese nach der Abstimmung angepackt werden müssen.

Bei der Anpassung des Arbeitsgesetzes folgten die JFBS ohne Gegenstimme den Ausführungen ihres Vorstandsmitglieds Samuel Weissenberger und haben die Ja-Parole gefasst. Die heutige Situation, wonach in Tankstellenshops einzelne Regale zwischen 1 Uhr und 5 Uhr abgesperrt werden müssen, verursacht lediglich unnötige Bürokratie. Die Jungfreisinnigen halten explizit fest, dass es bei dieser Abstimmung nicht um Öffnungszeiten sondern einzig um eine Sortimentsanpassung geht. Zur Revision des Epidemiegesetzes sagten die Jungfreisinnigen Basel-Stadt ebenfalls Ja und folgten damit dem Antrag ihres Vorstandsmitglieds Levent Morandini.

Auf kantonaler Ebene wurde das Projekt „CentralParkBasel“ von den Jungfreisinnigen ausdrücklich gelobt. Da jedoch die SBB als Eigentümerin keinerlei Interesse daran zeigt und es dem Kanton Basel-Stadt mit rechtlichen Mitteln nicht möglich ist sich das entsprechende Gebiet anzueignen, wurde die Initiative einstimmig abgelehnt. Die beiden Initiativen des Mieterverbandes wurden ebenso einstimmig abgelehnt, wobei bei der Initiative „Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle“ dem Wohnraumfördergesetz als Gegenvorschlag zugestimmt wurde.

Freundliche Grüsse

Jungfreisinnige Basel-Stadt

Weitere Auskünfte:

Carol Baltermia, Präsident, 076 478 63 20